



## Ausbildung und gesellschaftliche Integration junger Geflüchteter als politische Kernaufgabe

Der Stadt Frankfurt wurden seit Januar 2014 über 7.000 Geflüchtete und unbegleitete minderjährige Ausländer zugewiesen, von denen heute über 5.000 in der Stadt leben. Mehr als 80% von ihnen kommen aus Afghanistan, Syrien, Irak und Eritrea, die als unsichere Herkunftsländer zu bezeichnen sind. Mehr als 55% von ihnen sind unter 25 Jahre alt.

Diese jungen Menschen und andere junge Migranten, die es nach Frankfurt zieht, werden die nächsten Jahre bei uns leben. Ihre Integration in unsere Gesellschaft und in unsere Stadt muss gelingen: Sie müssen die deutsche Sprache lernen, gut ausgebildet werden und sie benötigen einen Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt. Darüber hinaus ermöglichen Bildung und Ausbildung eine spätere Rückkehr ins Herkunftsland oder die Übersiedlung in ein anderes Land.

In Frankfurt setzen sich viele ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeitende in den Kirchen, bei den Wohlfahrtsverbänden, in sozialen Organisationen und Initiativen sowie in Behörden und Politik für die Integration von Geflüchteten in unserer Stadt ein. Als Frankfurter Stadtsynode danken wir ihnen allen für ihr Engagement und ihre gelebte Nächstenliebe.

Zugleich fordern wir die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, die notwendigen Ressourcen für Sprachförderung, nachhaltige Beschulung und Ausbildung der jungen Flüchtlinge den Bedarfen entsprechend und dauerhaft zur Verfügung zu stellen, da es trotz erheblichen Engagements strukturelle Defizite gibt. Ohne umfassende Programme und konkrete Konzepte mit entsprechender Finanzierung wird diese politische Kernaufgabe nicht gelingen; das kann uns teuer zu stehen kommen.

Auch wenn sich die jungen Geflüchteten meist hochmotiviert und engagiert für ihren Kompetenzerwerb und ihre Integration einsetzen, wissen wir aus unserer kirchlichen Arbeit in Beratungsstellen, in Jugendhilfeeinrichtungen, in Integrationskursen und in der schulischen Begleitung der Sprachförderklassen um die konkreten Probleme bei der Integration:

- Ein über Jahre ungeklärter Aufenthaltsstatus und Angst vor Abschiebung zermürbt die jungen Menschen, macht depressiv oder aggressiv, demotiviert im Lernprozess: Junge Menschen benötigen zum Lernen einen gesicherten Status und eine realistische Perspektive.
- Deutsch zu lernen, die hiesige Kultur zu erfassen und einen Hauptschulabschluss zu bestehen, sind auch für hochmotivierte Geflüchtete weder einfach noch in kurzer Zeit zu schaffen: Junge Menschen benötigen Sprach- und Integrationskurse sowie schulische Angebote auch länger als zwei Jahre und über das 21. Lebensjahr hinaus.
- Junge Geflüchtete sind oft traumatisiert, sie leiden unter dem Verlust oder der Trennung von Eltern und Familie, sie sind psychisch instabil und neigen zur selbstaggressivem, teilweise auch zu aggressivem Verhalten gegenüber anderen: Sie benötigen niederschwellige und qualifizierte psychosoziale therapeutische Hilfe.
- Junge Geflüchtete brauchen weiterhin ehrenamtliche Begleitung und Kontakte zu Frankfurtern, die sie in Sportvereine mitnehmen und an anderen Freizeitaktivitäten teilhaben lassen sowie zu Ämtern und Ärzten begleiten. Ehrenamtliche benötigen öffentlich finanzierte Qualifizierung, fachliche Supervision und eine professionelle Begleitung.

Daher fordern wir:

- Die schnelle Zuweisung junger Geflüchteter aus der Erstaufnahme in die Gebietskörperschaft, eine schnelle und grundsätzliche Vermittlung in Sprachförder- und Integrationskurse, schnelle und gut begleitete Integration in Kita und Regelschulklassen bis zur Oberstufe.
- Investitionen in den Auf- und Ausbau von adäquaten Sprachförder- und gesonderten Integrationsklassen über die Schulpflicht und die Dauer von zwei Jahren hinaus als schulische Förderung bis zum 27. Lebensjahr. Dies muss mit einer erweiterten sozialpädagogischen Begleitung der Schülerinnen und Schüler verbunden werden.
- Investitionen zur Schaffung von berufsqualifizierenden Maßnahmen mit externem Hauptschulabschluss sowie Finanzierung von Praktikumsplätzen in der Wirtschaft.
- Keine Androhung von Abschiebungen in Krisen- und Kriegsgebiete, sondern einen gesicherten Aufenthalt für junge Geflüchtete aus diesen Ländern für 5 Jahre zur Erlangung eines Schulabschlusses bzw. einer Ausbildung.
- Den Aufbau einer psychosozialen Versorgungsstruktur für Geflüchtete, also eine Finanzierung für psychologische Krisenintervention, therapeutische Angebote sowie für die psychosoziale Qualifizierung der Mitarbeitenden in Flüchtlingsunterkünften und Jugendhilfeeinrichtungen.
- Keine Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz über März 2018 hinaus.

Wir fordern die politischen Parteien, die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker sowie die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in kommunalen wie staatlichen Behörden und Institutionen auf, die Betreuung, Beschulung und Ausbildung der jungen Geflüchteten zu verbessern und als politische Kernaufgabe mit hoher Priorität in Stadt, Land und Bund zu behandeln.